

Medienbeobachtung

19.09.2023

Inhaltsverzeichnis

- S. 3 **Es gibt Bewegung, aber keinen „weißen Rauch“**
19.09.2023 , Die Presse Seite 2-3

Die Presse vom 19.09.2023

Es gibt Bewegung, aber keinen „weißen Rauch“

Finanzausgleich. Bei einer Verhandlungsrunde am Montag haben sich Bund und Länder zwar aufeinander zubewegt, eine Einigung ist allerdings immer noch nicht in Sicht.

Von Elisabeth Hofer

Wien. „Und sie bewegt sich doch“ – als Galileo Galilei nach seiner Verurteilung durch die Inquisition diese berühmt gewordenen Worte gemurmelt haben soll, meinte er die Sonne, nicht die österreichische Bundesregierung. Auf die münzte Kärntens Landeshauptmann Peter Kaiser, der derzeit der Landeshauptleutekonferenz vorsitzt, das Zitat am Montag aber kurzerhand um. Zuvor hatte eine weitere Verhandlungsrunde zwischen den Länderchefs und Finanzminister Magnus Brunner (ÖVP) über den Finanzausgleich stattgefunden. Dabei geht es vereinfacht gesagt um die Aufteilung der Steuereinnahmen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden in den kommenden Jahren (siehe Artikel auf S.1).

Zu einer Einigung ist es dabei am Montag nicht gekommen. Bewegung ortete Kaiser nach der Verhandlungsrunde aber, weil die Bundesregierung, eben in Gestalt Brunners, „im Gegensatz zu bisherigen Angeboten eine andere Herangehensweise gezeigt und ein neues Angebot“ auf den Tisch gelegt habe. Das neue Angebot: Statt der bisher vorgeschlagenen 473 Millionen an frischem Geld habe der Bund nun etwas mehr als zwei Milliarden für die Länder zugesagt, erklärte Kaiser. Die andere Herangehensweise: Ein sogenannter „Zukunftsfonds“ soll eingerichtet werden, über den eine der zwei angekündigten Milliarden vom Bund an die Länder fließen soll, wenn diese im Vorfeld definierte Ziele etwa in den Bereichen Kinderbetreuung, Wohnen, Klima und Umwelt erreichen. „Der Weg dorthin ist Ländern und Gemeinden überlassen“, erklärte Finanzminister Brunner. Das erlaube eine hohe Flexibilität bei gleichzeitig gemeinsamen Zielen und sei somit „gelebter Föderalismus“ .

„Den Bund gibt es gar nicht“

Während der Finanzminister in alledem einen „sinnvollen neuen Mechanismus“ sieht, sind die Länderchefs in Sachen Zukunftsfonds noch skeptisch. Zwar würde man ihn nicht ablehnen, „weißer Rauch“ steige aber noch keiner auf, hielt Vorarlbergs Landeshauptmann Markus Wallner (ÖVP) fest. Noch sei nämlich unklar, wie der Fonds genau ausgestaltet sein würde. Den Ländern sei wichtig, dass die darin angeführten Kriterien, Aufgaben und Ziele gemeinsam festgelegt werden. Und: Statt einer Anschubfinanzierung müsse, etwa beim Kinderbetreuungsausbau, eine Dauerfinanzierung gegeben sein. Auf lange Sicht bedeute das dann eine Änderung des Verteilungsschlüssels. Den hatten die Länder im Vorfeld ja immer wieder gefordert, nachdem die Länder in ihrer Eigenwahrnehmung heute einen viel größeren Teil der Kosten stemmen, als in der Vergangenheit.

Die Länder seien aber keine Bittsteller, sagte Wallner. Es gehe nicht darum, eine Bundessteuer aufzuteilen. „Den Bund gibt es ja so gesehen gar nicht“. Aufgeteilt würden viel mehr die gemeinschaftlich erwirtschafteten Abgaben aller Gebietskörperschaften.

Wiens Bürgermeister Michael Ludwig (SPÖ) ergänzte, dass man neben der Überschrift „Zukunftsfonds“ ja auch wissen müsse, welche Konsequenzen bei Nichterreichen der Ziele drohen würden. Generell wirft Ludwig dem Bund vor, „einseitige Eingriffe in das Steuersystem“ vorgenommen zu haben. Gemeint ist etwa die Abschaffung der kalten Progression, wodurch den Ländern und Gemeinden nun ein erheblicher Teil der Steuereinnahmen entgeht – allein in Wien sei das eine Milliarde Euro. Das werde durch Brunners Vorschlag nicht kompensiert. „Es gibt einen Schritt, wir sind aber deutlich von einem Abschluss entfernt“, bilanzierte Ludwig, der auch eine Verfassungsklage weiterhin nicht ausschließen möchte, sollte der Bund den Ländern nicht entgegenkommen.

Auch der Gemeindebund hielt fest, dass die Gemeinden zusätzlich finanzielle Mittel neben dem Zukunftsfonds brauchen würden. Offen seien nach wie vor essenzielle Fragen, etwa im Bereich der Elementarpädagogik, wie die Vizepräsidenten Andrea Kaufmann und Erwin Dirnberger erklärten. Nun müsse rasch auch mit den Gemeinden verhandelt werden.

Neben der Milliarde, die der Zukunftsfonds umfasst, soll der zweite großer Brocken des vom Bund zugesagten Geldes vor allem in den Gesundheits- und Pflegebereich fließen. Hier sollen besonders die Spitalsambulanzen entlastet werden. Gesundheitsminister Johannes Rauch hatte ja schon im Juli festgehalten, dass der Finanzausgleich der einzige wirkliche Hebel für große Reformen im Gesundheitsbereich sei und er „wie ein Irrer durch die Lande“ ziehe, um alle zu überzeugen. Bei der Verhandlungsrunde am Montag war er allerdings nicht dabei. „Dass der Gesundheitsminister heute nicht eingeladen war, nehme ich auf mich“, sagte dazu Kaiser. Das liege nicht zuletzt daran, dass auch die Gesundheitsreferenten der Länder erst kommende Woche wieder tagen würden.

Was schlussendlich darüber entscheiden werde, ob die Länder dem Angebot des Bundes zum Finanzausgleich annehmen werden – die Höhe des frischen Geldbetrags oder die Ausgestaltung des Zukunftsfonds – konnte Kaiser nicht pauschal beantworten. Das entscheidende Moment der kommenden Verhandlungen würde sein, ob die Aufgaben von Bund, Ländern und Gemeinden mit den jeweils zugewiesenen Geldern erledigt werden könnten, oder nicht.

Die Länder seien aber keine Bittsteller, sagte Wallner. Es gehe nicht darum, eine Bundessteuer aufzuteilen. "Den Bund gibt es ja so gesehen gar nicht". Aufgeteilt würden viel mehr die gemeinschaftlich erwirtschafteten Abgaben aller Gebietskörperschaften.

Wiens Bürgermeister Michael Ludwig (SPÖ) ergänzte, dass man neben der Überschrift "Zukunftsfonds" ja auch wissen müsse, welche Konsequenzen bei Nichterreichen der Ziele drohen würden. Generell wirft Ludwig dem Bund vor, "einseitige Eingriffe in das Steuersystem" vorgenommen zu haben. Gemeint ist etwa die Abschaffung der kalten Progression, wodurch den Ländern und Gemeinden nun ein erheblicher Teil der Steuereinnahmen entgeht - allein in Wien sei das eine Milliarde Euro. Das werde durch Brunners Vorschlag nicht kompensiert. "Es gibt einen Schritt, wir sind aber deutlich von einem Abschluss entfernt", bilanzierte Ludwig, der auch eine Verfassungsklage weiterhin nicht ausschließen möchte, sollte der Bund den Ländern nicht entgegenkommen.

Auch der Gemeindebund hielt fest, dass die Gemeinden zusätzlich finanzielle Mittel neben dem Zukunftsfonds brauchen würden. Offen seien nach wie vor essenzielle Fragen, etwa im Bereich der Elementarpädagogik, wie die Vizepräsidenten Andrea Kaufmann

und Erwin Dirnberger erklärten. Nun müsse rasch auch mit den Gemeinden verhandelt werden.

Neben der Milliarde, die der Zukunftsfonds umfasst, soll der zweite großer Brocken des vom Bund zugesagten Geldes vor allem in den Gesundheits- und Pflegebereich fließen. Hier sollen besonders die Spitalsambulanzen entlastet werden. Gesundheitsminister Johannes Rauch hatte ja schon im Juli festgehalten, dass der Finanzausgleich der einzige wirkliche Hebel für große Reformen im Gesundheitsbereich sei und er "wie ein Irrer durch die Lande" ziehe, um alle zu überzeugen. Bei der Verhandlungsrunde am Montag war er allerdings nicht dabei. "Dass der Gesundheitsminister heute nicht eingeladen war, nehme ich auf mich", sagte dazu Kaiser. Das liege nicht zuletzt daran, dass auch die Gesundheitsreferenten der Länder erst kommende Woche wieder tagen würden.

Was schlussendlich darüber entscheiden werde, ob die Länder dem Angebot des Bundes zum Finanzausgleich annehmen werden- die Höhe des frischen Geldbetrags oder die Ausgestaltung des Zukunftsfonds -konnte Kaiser nicht pauschal beantworten. Das entscheidende Moment der kommenden Verhandlungen würde sein, ob die Aufgaben von Bund, Ländern und Gemeinden mit den jeweils zugewiesenen Geldern erledigt werden könnten, oder nicht.

Bild: Unter dem Vorsitz des Kärntner Landeshauptmanns Peter Kaiser trafen die Länderchefs zu Verhandlungen mit Finanzminister Magnus Brunner zusammen um die Aufteilung des Steuergeldes zu besprechen. z-minister Magnus Brunner zusammen um die Aufteilung des Steuergeldes zu besprechen. [APA /Helmut Fohringer]

Quelle	Die Presse
Typ	Tageszeitungen
Land	AT
Autor:in	Elisabeth Hofer
Sprache	Deutsch

LEITARTIKEL

VON MARTIN FRITZL



Finanzausgleich als vergebene Chance

Bund, Länder und Gemeinden werden sich vermutlich auf eine Neuaufteilung der Steuereinnahmen einigen - nicht aber auf notwendige Reformen.

Es gibt Menschen, die sich jedes Jahr so um den 20. Dezember erstaunt die Augen reiben und feststellen, dass Weihnachten wieder einmal so plötzlich gekommen ist und sie - ups - dringend Geschenke besorgen müssen. Finanzausgleichsverhandler müssen zu dieser Spezies gehören.

Sie pflegen nach abgeschlossenen Verhandlungen nämlich festzustellen, dass man diesmal nur sachte Veränderungen an den Beziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden vornehmen konnte. Aber das nächste Mal, da werde es dann die großen strukturellen Reformen geben. Schließlich habe man ja vier Jahre Zeit. Und dann passiert dreieinhalb Jahre lang nichts.

Der große Wurf wird also auch der diesjährige Finanzausgleich nicht, großartige strukturelle Änderungen sind nach den bisherigen Aussagen aller Verhandler nicht in Sicht. Das ist umso erstaunlicher, als es eine der letzten Gelegenheiten für die türkis-grüne Regierung gewesen wäre, erfolgreiche Reformen umzusetzen. Im letzten Jahr vor der Nationalratswahl wird sich da wohl noch kaum etwas tun.

Immerhin: Finanzminister Magnus Brunner hatte offensichtlich den Eindruck, dass er eine Innovation präsentieren müsse: Er schlägt einen „Zukunftsfonds“ vor, über den die Länder zusätzliche Mittel erhalten können. Das soll an gemeinsame Zielvorgaben geknüpft sein.

Über diese Überschrift hinaus dürfte dieser Zukunftsfonds aber noch nicht sehr ausgeklügelt sein, den Landeshauptleuten war nach einer mehrstündigen Sitzung mit Brunner jedenfalls eine gewisse Ratlosigkeit anzusehen, was denn dieser Zukunftsfonds eigentlich genau bedeuten solle. Ihre Vermutung: Da wird der Verteilungsschlüssel für die Steuereinnahmen zugunsten der Länder geändert, ohne das aber offiziell so nennen zu wollen.

Dass Länder und Gemeinden mehr vom Kuchen haben wollen, haben sie zuvor schon unmissverständlich klargemacht. Mit guten Argumenten übrigens: Die Gebietskörperschaften sind für Aufgaben zuständig, bei denen die Kosten besonders stark steigen: Das Spitalswesen und die Pflege sehen aufgrund der demografischen Entwicklung einen besonde-

ren Kostenschub, bei den Kindergärten besteht weitgehender Konsens, dass die Betreuung stark ausgebaut gehört, vor allem für die unter Dreijährigen. Und auch in puncto Klimaschutz kommen etliche Aufgaben auf Länder und Kommunen zu.

2,3 Milliarden Euro hat der Finanzminister nun Ländern und Gemeinden zusätzlich angeboten. Das ist noch nicht das Ende der Verhandlungen, das Feilschen wird weitergehen. Aus vergangenen Finanzausgleichsverhandlungen weiß man: Es wird am Ende eine Einigung geben, mit der alle Seiten leben können. Die Drohung des Wiener Bürgermeisters, Michael Ludwig, die Länder könnten rechtliche Schritte gegen den Bund einleiten, fällt da eher in die Kategorie Theaterdonner.

Bei den strukturellen Reformen wird es wohl bei Ankündigungen bleiben. An erster Stelle ist da das Gesundheitswesen zu nennen. Derzeit schieben sich Bund, Länder und Krankenkassen gegenseitig die Kosten zu, was zu einem insgesamt ineffizienten System führt. Die von allen Seiten geforderte Finanzierung aus einer Hand wird auch diesmal nicht kommen, das lässt sich nämlich nicht ein paar Wochen ausverhandeln.

Schon gar nicht wird über grundsätzlichere Reformen gesprochen. Dass die Länder keine eigenständigen Einnahmen haben, führt zu einer Schiefelage: Man hat recht viel Geld zu verteilen (und stellt sich alle vier Jahre beim Finanzminister um eine Erhöhung an), muss sich aber bei den Wählern nicht für die hohe Steuerlast verantworten. Das begünstigt tendenziell einen ausufernden Föderalismus mit üppigem Förderwesen.

Vor einigen Jahren gab es vereinzelt Bestrebungen, dieses Grundübel des Föderalismus zu beseitigen, indem die Länder selbst einen Teil ihrer Steuern festlegen und so auch in einen gewissen Wettbewerb untereinander treten. Diese Initiativen sind inzwischen wieder sanft entschlafen. Gerade der Finanzausgleich wäre eine gute Gelegenheit, diesen Konstruktionsfehler in der Architektur des Staatsgebäudes zu beseitigen. Vielleicht das nächste Mal in vier Jahren?

E-Mails an: martin.fritzl@diepresse.com



Unter dem Vorsitz des Kärntner Landeshauptmanns Peter Kaiser trafen die Länderchefs zu Verhandlungen mit Finanz-

Es gibt Bewegung, aber

Finanzausgleich. Bei einer Verhandlungsrunde am Montag haben sich Bund und Länder zwar aufeinander zubewegt, eine Einigung ist allerdings immer noch nicht in Sicht.

VON ELISABETH HOFER

Wien. „Und sie bewegt sich doch“ – als Galileo Galilei nach seiner Verurteilung durch die Inquisition diese berühmt gewordenen Worte gemurmelt haben soll, meinte er die Sonne, nicht die österreichische Bundesregierung. Auf die münzte Kärntens Landeshauptmann Peter Kaiser, der derzeit der Landeshauptleutekonferenz vorsitzt, das Zitat am Montag aber kurzerhand um. Zuvor hatte eine weitere Verhandlungsrunde zwischen den Länderchefs und Finanzminister Magnus Brunner (ÖVP) über den Finanzausgleich stattgefunden. Dabei geht es vereinfacht gesagt um die Aufteilung der Steuereinnahmen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden in den kommenden Jahren (siehe Artikel auf S.1).

Zu einer Einigung ist es dabei am Montag nicht gekommen. Bewegung ortete Kaiser nach der Verhandlungsrunde aber, weil die Bundesregierung, eben in Gestalt Brunners, „im Gegensatz zu bisherigen Angeboten eine andere Herangehensweise gezeigt und ein neues Angebot“ auf den Tisch gelegt habe.

Das neue Angebot: Statt der bisher vorgeschlagenen 473 Millionen an frischem Geld habe der Bund nun etwas mehr als zwei Milliarden für die Länder zugesagt, erklärte Kaiser. Die andere Herangehensweise: Ein sogenannter „Zukunftsfonds“ soll eingerichtet werden, über den eine der zwei angekündigten Milliarden vom Bund an die Länder fließen soll, wenn diese im Vorfeld definierte Ziele etwa in den Bereichen Kinderbetreuung, Wohnen, Klima und Umwelt erreichen. „Der Weg dorthin ist Ländern und Gemeinden überlassen“, erklärte Finanzminister Brunner. Das erlaube eine hohe Flexibilität bei gleichzeitig gemeinsamen Zielen und sei somit „gelebter Föderalismus“.

„Den Bund gibt es gar nicht“

Während der Finanzminister in alledem einen „sinnvollen neuen Mechanismus“ sieht, sind die Länderchefs in Sachen Zukunftsfonds noch skeptisch. Zwar würde man ihn nicht ablehnen, „weißer Rauch“ steige aber noch keiner auf, hielt Vorarlbergs Landeshauptmann Markus Wallner (ÖVP) fest. Noch sei nämlich unklar, wie der Fonds genau ausgestaltet sein würde. Den Ländern sei wichtig, dass die darin angeführten Kriterien, Aufgaben und Ziele gemeinsam festgelegt werden. Und: Statt einer Anschubfinanzierung müsse, etwa beim Kinderbetreuungsausbau, eine Dauerfinanzierung gegeben sein. Auf lange Sicht bedeute das dann eine Änderung des Verteilungsschlüssels. Den hatten die Länder im Vorfeld ja immer wieder gefordert, nachdem die Länder in ihrer Eigenwahrnehmung heute einen viel größeren Teil der Kosten stemmen, als in der Vergangenheit. >

Fortsetzung von Seite 1

Problembereich Gesundheit

Verkehr enorm mächtig sind, will die Regierung – zumindest der grüne Part davon – Auszahlungen an das Erreichen von Umweltzielen knüpfen. Konkrete Pläne dafür sind nicht bekannt, als Beispiele kursieren neben Emissionszahlen etwa Fortschritte bei thermischen Sanierungen.

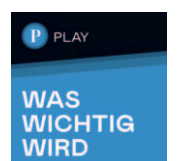
Gesundheit

Wesentlich mehr diskutiert wurde indes über eine größere Gesundheitsreform, die mithilfe des Milliardenkarussells Finanzausgleich in Schwung gebracht werden soll. Gesundheitsminister Johannes Rauch (Grüne) warnte davor, dass das „System an die Wand“ fahre, wenn man in dem Bereich nichts zustande bringe. Verlangt wurden ein schnellerer Ausbau der Primärversorgungszentren sowie mehr Kassenarztstellen, um die Spitalsambulanzen zu entlasten. Die Spitäler werden im zersplitterten Gesundheitssystem von den Ländern betrieben, die Versorgung dort ist vergleichsweise teuer – beim Ausbau der Kassenstellen ist wiederum die Sozialversicherung maßgeblich. Zudem soll die digitale Gesundheitsberatung verstärkt werden und mehr Geld in die Pflege flie-

ßen. Im Juli legte Rauch ein Angebot von zehn Milliarden Euro mehr vor – die Länder lehnten jedoch ab. Zuletzt, heißt es aus dem Gesundheitsressort, sei nachgebessert worden.

Kinderbetreuung

Ebenfalls mehr Geld will die Regierung für Kinderbetreuung zur Verfügung stellen. Kanzler Karl Nehammer (ÖVP) kündigte unlängst zusätzliche 4,5 Milliarden Euro für diesen Bereich an. Am Wochenende konkretisierte Familienministerin Susanne Raab (ÖVP), dass in den Verhandlungen mit den Ländern die sogenannte VIF-Konformität – diese misst, ob ein Kindergartenplatz mit Vollzeitjobs der Eltern vereinbar ist – Kriterium dafür sei. Ebenfalls müsse es bei den Zielen um die Betreuungsquote gehen – die, so die Regierung, mitunter deutlich steigen müsse.



Hörteipp: „Presse Play“

Warum sich die Länder ein größeres Stück vom Steuerkuchen erhoffen und es eine gute Zeit für echte Reformen wäre. Mehr dazu: diepresse.com

NACHRICHTEN

Bosnische Minderheit will als Volksgruppe anerkannt werden

Bosnierinnen und Bosnier, die in Österreich leben, wollen als Volksgruppe anerkannt werden. Eine entsprechende Initiative plant, sich Anfang Oktober an das Parlament zu richten, berichtete die ORF-Sendung „Heimat Fremde Heimat“. Politisch unterstützt wird die Initiative unter anderem von Alt-Bundespräsident Heinz Fischer (SPÖ), dem ehemaligen ÖVP-Politiker Heinrich Neisser und der grünen Generalsekretärin Olga Voglauer. Mit dem Volksgruppenstatus sind laut Verfassung Rechte auf den Schutz von Sprache und Kultur verbunden. Er schützt autochthone Volksgruppen mit eigenem Volkstum, die länger in Österreich ansässig und beheimatet sind. Zu den Organisationen, die die Anerkennung erreichen wollen, gehört die Gesellschaft bosnischer Akademiker in Österreich.

Bundesschulsprecher will mehr Einbindung von ChatGPT

Seit Sonntag heißt der neue Bundesschulsprecher Marius Hladik. Er kommt wie 27 seiner 29 Vorgängerinnen und Vorgänger aus der ÖVP-nahen Schülerunion. Zum Einstand

forderte er am Montag bei einer Pressekonferenz mehr fächerübergreifende Einbindung von Künstlicher Intelligenz, etwa von Chat GPT. Außerdem will er mit „Demokratiebildung“ und „Wirtschafts- und Finanzbildung“ zwei neue Pflichtfächer einführen. Ebenso fordert er flächendeckend die modulare Oberstufe an AHS (NOST), die es derzeit nur in Schulversuchen gibt. Hladik selbst ist Jahrgang 2005 und besucht eine Maturaklasse an der HTL Rennweg in Wien-Landstraße.

FPÖ-Landesräte fordern Überprüfung von geschützten Arten

Die freiheitlichen Landesräte für Naturschutz aus Oberösterreich, Salzburg und Niederösterreich fordern in einer gemeinsamen Aussendung, dass der Schutzstatus von geschützten Arten regelmäßig, nämlich alle sechs Jahre, überprüft und angepasst werden soll. Manfred Haibuchner, Marlene Svazek und Susanne Rosenkranz erachten das angesichts der Überlegungen der EU-Kommission, den Schutzstatus von Wölfen zu verändern, als dringend nötig an. Konkret wollen sie alle sechs Jahre den Status der in Anhang IV und V der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (Wolf) geschützten Tier- und Pflanzenarten evaluieren.



minister Magnus Brunner zusammen um die Aufteilung des Steuergeldes zu besprechen. [APA / Helmut Fohringer]

keinen „weißen Rauch“

Die Länder seien aber keine Bittsteller, sagte Wallner. Es gehe nicht darum, eine Bundessteuer aufzuteilen. „Den Bund gibt es ja so gesehen gar nicht“. Aufgeteilt würden viel mehr die gemeinschaftlich erwirtschafteten Abgaben aller Gebietskörperschaften.

Wiens Bürgermeister Michael Ludwig (SPÖ) ergänzte, dass man neben der Überschrift „Zukunftsfonds“ ja auch wissen müsse, welche Konsequenzen bei Nichterreichen der Ziele drohen würden. Generell wirft Ludwig dem Bund vor, „einseitige Eingriffe in das Steuersystem“ vorgenommen zu haben. Gemeint ist etwa die Abschaffung der kalten Progression, wodurch den Ländern und Gemeinden nun ein erheblicher Teil der Steuereinnahmen entgeht – allein in Wien sei das eine Milliarde Euro. Das werde durch Brunners Vorschlag nicht kompensiert. „Es gibt einen Schritt, wir sind aber deutlich von einem Abschluss entfernt“, bilanzierte Ludwig, der auch eine Verfassungsklage weiterhin nicht ausschließen möchte, sollte der Bund den Ländern nicht entgegenkommen.

Auch der Gemeindebund hielt fest, dass die Gemeinden zusätzlich finanzielle Mittel neben dem Zukunftsfonds brauchen würden. Offen seien nach wie vor essenzielle Fragen, etwa im Bereich der Elementarpädagogik, wie die Vizepräsidenten Andrea Kaufmann und Erwin Dirnberger erklärten. Nun

müsse rasch auch mit den Gemeinden verhandelt werden.

Neben der Milliarde, die der Zukunftsfonds umfasst, soll der zweite großer Brocken des vom Bund zugesagten Geldes vor allem in den Gesundheits- und Pflegebereich fließen. Hier sollen besonders die Spitalsambulanzen entlastet werden. Gesundheitsminister Johannes Rauch hatte ja schon im Juli festgehalten, dass der Finanzausgleich der einzige wirkliche Hebel für große Reformen im Gesundheitsbereich sei und er „wie ein Irre durch die Lande“ ziehe, um alle zu überzeugen. Bei der Verhandlungsrunde am Montag war er allerdings nicht dabei. „Dass der Gesundheitsminister heute nicht eingeladen war, nehme ich auf mich“, sagte dazu Kaiser. Das liege nicht zuletzt daran, dass auch die Gesundheitsreferenten der Länder erst kommende Woche wieder tagen würden.

Was schlussendlich darüber entscheiden werde, ob die Länder dem Angebot des Bundes zum Finanzausgleich annehmen werden – die Höhe des frischen Geldbetrags oder die Ausgestaltung des Zukunftsfonds – konnte Kaiser nicht pauschal beantworten. Das entscheidende Moment der kommenden Verhandlungen würde sein, ob die Aufgaben von Bund, Ländern und Gemeinden mit den jeweils zugewiesenen Geldern erledigt werden könnten, oder nicht.

FPÖ-Spesenaffäre. Weil er bei der Ermittlung zur Spesenaffäre falsch ausgesagt hatte, stand ein früherer Chauffeur von Heinz-Christian Strache vor Gericht.

6600 Euro Geldbuße für Straches Ex-Chauffeur

VON MANFRED SEEH

Wien. Am Schluss wurde es keine Verurteilung, sondern eine Diversion. Der Beschuldigte, N., ein früherer Chauffeur und Personenschützer in den Diensten von Heinz-Christian Strache, hatte kein formales Geständnis abgelegt, sondern bekundet, dass er „Verantwortung“ übernehme. Die Sanktion: 6600 Euro Geldbuße.

Thema des Falschaussage-Prozesses, der am Montag im Straflandesgericht Wien stattfand, war die FPÖ-Spesenaffäre. Die Vorwürfe reichen mindestens bis ins Jahr 2010 zurück. Das weiß man, weil N. dies der Polizei erzählt hat.

Schon in diesem Jahr sei er von seinem damaligen Chef Heinz-Christian Strache aufgefordert worden, „falsche“ Rechnungen zu sammeln und vorzulegen. Auf dieser Basis soll Strache die von ihm angehäuften Spesen aus der Parteikasse refundiert bekommen haben.

Das „System“, welches die im September 2019 bekannt gewordene Spesenaffäre begründen sollte (mutmaßlicher Schaden: zirka eine Million Euro), funktionierte laut Ermittlern also so: Straches Entourage soll auf dessen Wunsch fleißig irgendwelche bunt zusammengewürfelten Rechnungen zusammengetragen haben. Etwa von privaten Restaurantbesuchen. Solche Rechnungen wurden dann bei der Freiheitlichen Partei verwendet, um ganz andere Ausgaben, eben die Spesen des Chefs, abzudecken. Insider sprachen damals von „umgewandelten“ Rechnungen.

Er selbst habe sich aber „stets gewiegt“, am „Umwandeln“ der Rechnungen mitzuwirken, hatte N. bei seiner polizeilichen Einvernahme zu Protokoll gegeben. Vor Richter Stefan Erdei vollzog der Beschuldigte nun einen Schwenk. Nachdem sein Anwalt Meinhard Novak sowohl Horaz als auch Marie von Ebner-Eschenbach zitiert hatte, wies er darauf hin, dass sein Klient etliche Belege in einem Ordner gesammelt hatte. Aus Selbstschutz. Denn, so Novak: „Strache brachte seine Fahrer in die Bredouille.“ Dieses Sammelsu-

rium an Belegen übergab N. der Polizei. Novak: „Das hat er getan, um seinen Arsch zu retten.“

So ganz vermochte N. diesen allerdings nicht in Sicherheit zu bringen. Die eingangs erwähnte Diversion blieb ihm nun nicht erspart (andernfalls hätte er eben eine Verurteilung wegen Falschaussage riskiert).

N. gab zaghaft zu, dass er in die Spesen-Affäre verwickelt gewesen sei. Ein gegen ihn laufendes Untreue-Verfahren wurde zwar eingestellt. Und seine Beteuerungen, wonach er sich selbst nie bereichert habe, glaubte man ihm auch. Übrig blieb aber eben die falsche Aussage vor den Ermittlern. Warum er nicht gleich die Wahrheit

gesagt habe, wollte der Richter wissen. N.: „Wenn die Aussage fälschlich war, dann ist das vielleicht aus einer inneren Blockade heraus passiert.“ Weiter: „Herr Rat, es liegt alles auf dem Tisch. Aber ich wollte mich nicht bereichern.“ Und: „Ich wollte als Zeuge auftreten, aber nicht ins Zwielicht geraten.“

Es sei nicht einfach gewesen, sich dem „System“ zu entziehen. Auf Straches damalige

Anordnungen anspielend gab der Beschuldigte an: „Wenn man etwas gesagt hat, gab es einen kleinen Tobsuchtsanfall mit der Drohung, gleich auf der Straße zu sitzen.“

Strache selbst trat im Mai 2019 infolge der Ibiza-Affäre als FPÖ-Chef zurück. Sein Amt als Vizekanzler wurde er auch los, zumal das auf Ibiza heimlich aufgenommene Video genug Sprengkraft hatte, um die schwarz-blaue Koalition zu beenden. In der Spesenaffäre wird noch gegen ihn ermittelt. Er bestreitet alle Vorwürfe.

Noch einmal zurück zu den Rechnungen. Der Richter führte nun einige Beispiele für das Anfallen von Spesen an: Ausgaben für das Fitnesscenter oder für Benzin oder für Barzahlungen, die Strache möglicherweise geleistet habe, „um den Big Spender zu spielen.“

Rechtskräftig ist die Diversion noch nicht (das Verfahren wurde vorläufig abgebrochen). Die Staatsanwältin hat noch 14 Tage Zeit, um gegen den Diversionsbeschluss Beschwerde einzulegen.

“

Wenn man etwas gesagt hat, gab es einen kleinen Tobsuchtsanfall.

Der Beschuldigte Ex-Chauffeur N. über seinen einstigen Chef Heinz-Christian Strache

CLU California MBA Stipendium im Herbst

1 Vollstipendium Wert 32.000 Euro/1 Halbstipendium Wert 16.000 Euro

Die IBSA, International Business School Austria, organisiert hier in Österreich bereits seit 2010 die Durchführung des EMBA Programms der CLU University, California. Die CLU ist eine traditionsreiche, hochwertige Universität die im Ranking unter 1.275 US-Colleges den erfreulichen 9. Platz belegt. Profitieren Sie von der internationalen Erfahrung und der hohen Qualität der Vortragenden und graduieren Sie nach nur 15 Monaten in Kalifornien gemeinsam mit 500 lokalen und internationalen Studierenden!

INHALTE

15 ausgewählte Module rund um Themen wie Leadership, Management, Strategieentwicklung oder „Personal and Professional Development“.

MODALITÄTEN

15 Monate berufsbegleitend. 7 Module an je einem Wochenende wahlweise in Wien, Graz oder Linz. Parallel dazu 6 Module im virtual class room. Zum Abschluss im Mai 2025 geht es zwei Wochen nach Kalifornien mit 2 Modulen am Campus, Firmenbesuchen, guest speakers und der Graduierungsfeier. Komplett auf Englisch.

ZULASSUNG

Hochschuldiplom, Berufserfahrung, Englischkenntnisse

ABSCHLUSS

Executive Master of Business Administration der CLU University, California

START

März 2024

INFORMATION

DI Klaus Kersten, MBA, 0664 61 99 637
klaus.kersten@ibsa.co.at www.ibsa.co.at
www.callutheran.edu

BEWERBUNG

Bitte senden Sie Ihren Lebenslauf und ein kurzes Motivationsschreiben (deutsch od. englisch) bis 26.10.2023 an pressstipendium@ibsa.co.at



© Klaus Kersten, IBSA

Die Presse



School of Management

California Lutheran University

Die Stipendien werden von einer Jury im Rahmen eines Abend-Events am 14. November 2023 vergeben. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.